

Antrag

der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch, Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Insa Tietjen und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

Betr.: Sanierungsstopp beim Bismarck-Denkmal. Keine weiteren Tatsachen schaffen!

Vor Kurzem hat die Behörde für Kultur und Medien unter dem Titel „Bismarck neu kontextualisieren“ zur digitalen Podiumsdiskussion eingeladen. Eigentlich war für diesen Herbst ein Symposium zu dem Thema geplant, das aber auf das Frühjahr 2021 verschoben wurde. Laut Kultursenator Carsten Brosda (SPD) sollte die Veranstaltung der Auftakt des Diskussionsprozesses um das Bismarck-Denkmal sein.

Zu der Forderung der am Gespräch beteiligten Initiativen „Decolonize Bismarck“, „Bismarck's Critical Neighbours“ und „Intervention Bismarck-Denkmal“, die Sanierungsarbeiten am Bismarck-Denkmal sofort zu stoppen, hat sich Senator Brosda bei der Podiumsdiskussion leider nicht verhalten. Am 30. November haben die Initiativen ihrer Forderung mit einer Pressemitteilung noch einmal Nachdruck verliehen.

Das äußere Erscheinungsbild wird sich jetzt nicht ändern: der Dreck und die Graffiti sind ab, der Popanz steht geleckert, als sei ihm dort gerade erst ein Denkmal gesetzt worden. Doch für die Wandbilder mit völkischen Symbolen, Hakenkreuzen, Bismarckwappen und -zitaten im Inneren des nachträglich in den Sockel des Denkmals eingebauten Luftschutzbunkers lässt sich noch ein anderer Umgang finden. Diese sollen zwar nicht restauriert, aber im Bestand gesichert werden. Darüber lässt sich streiten und sollte gestritten werden, ob diese nicht besser – wie zukünftig auch das äußere Erscheinungsbild des Denkmals – dem Verfall überlassen werden sollten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert

1. einen Stopp der aktuell laufenden Sanierungs- und Bauarbeiten am Bismarck-Denkmal zu beschließen.
2. in einen ergebnisoffenen Diskurs über den weiteren Umgang mit dem Bismarck-Denkmal unter Beteiligung der Stadtöffentlichkeit sowie der Nachkommen der Kolonisierten zu gehen.